

Echter Zusammenhalt entsteht in lebenswerten Kommunen



Digitale LDK am 12.-13.12.2020

Antragsteller*in: Felix Quartier (KV Breisgau-Hochschwarzwald)

Änderungsantrag zu K15

Von Zeile 127 bis 128 einfügen:

Mitsprache der Bürger*innen mit Projekten aktiv fördern, können auf die Beteiligung des Landes zählen.

Um vor allem bei kontroversen Fragen möglichst viele unterschiedliche Meinungen und alle Gesellschaftsschichten zu Wort kommen zu lassen, wollen wir nach dem Vorbild des französischen Klimabürgerrates Bürger*innenräte aus zufällig gelosten Menschen als Mittel der Entscheidungsfindung etablieren. Die dort, mit Unterstützung von Expert*innen, erarbeiteten Vorschläge sollen den gewählten Gremien (Gemeinderat, Kreistag, Landtag) zur Beratung vorgelegt werden. So binden wir auch Menschen die bisher nicht in politischen Gremien aktiv sind ein und ermöglichen ihnen Teilhabe. Gleichzeitig können so selbst für schwierige Situationen Lösungen mit einer breiten gesellschaftlichen Akzeptanz gefunden werden.

Begründung

Auf der virtuellen BDK am 21./22. November 2020 haben die Delegierten beschlossen, die Forderung nach zufällig gelosten Bürgerräten in das Grundsatzprogramm aufzunehmen. Dort heißt es nun:

„Direkte Beteiligungsmöglichkeiten bereichern die repräsentative Demokratie. Mit Bürger:innen-Räten soll die Möglichkeit geschaffen werden, bei ausgewählten Themen die Alltagsexpertise von Bürger:innen noch direkter in die Gesetzgebung einfließen zu lassen. Zufällig ausgewählte Bürger:innen beraten in einem festgelegten Zeitraum über eine konkrete Fragestellung und erarbeiten Handlungsempfehlungen und Impulse für die öffentliche Auseinandersetzung und die parlamentarische Entscheidung.“

Es gilt sicherzustellen, dass die Teilnehmenden sich frei, gleich und fair eine Meinung bilden können und dass ihnen ausreichend Raum für eine intensive Auseinandersetzung mit der Fragestellung gegeben wird. Bürger:innen-Räten kommt eine rein beratende Funktion für die öffentliche Debatte und Gesetzgebung zu. Regierung und Parlament müssen sich mit den Ergebnissen auseinandersetzen, ihnen aber nicht folgen. Bürger:innen- Räte können auf Initiative der Regierung, des Parlaments oder als Bürgerbegehren zu einer konkreten Fragestellung eingesetzt werden. Das soll auch auf Bundesebene möglich sein.“

Unterstützer*innen

Jakob Mangos (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Roman Wick (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Moritz Sorg (KV Freiburg); Elias Brauch (KV Freiburg); Jannick Frank Roller (KV Freiburg); David Gorré (KV Konstanz); Armin Roth (KV Tübingen); Clara Madeleine Wellhäußer (KV Freiburg); Franka Doris Weiler

(KV Freiburg); Friedrich Weise (KV Freiburg); Dominik Lindner (KV Esslingen); Laura Mantilla (KV Freiburg); Clara Schick (KV Freiburg); Marlene Krüger (KV Breisgau-Hochschwarzwald); Jesko Treiber (KV Freiburg); Nina Röckelein (KV Konstanz); Bernhard Nold (KV Tübingen)